

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wöchentliches Abonnement durch die
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,65 RM;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pfg. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Erich-Dumler).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen zu Belle:
Geschäftsanz. 15 Pfg., Familienanz. 15 Pfg.,
Vereinsanz. 10 Pfg., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 1720.

Nr. 18.

Berlin, Mittwoch, 4. März 1908.

Wierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

An unsere Leser! — Sozialpolitik im Reichstage. —
Ein „Jelbenußter“ Reinfall. — Allgemeine Rundschau. —
Tätigkeitsberichte. — Gewerkevereins-Zell. — Verbands-Zell.
— Anzeigen-Zell.

An unsere Leser!

Der letzte Monat im Quartal hat begonnen.
Da heißt es, von neuem die Werbearbeit für den
„Gewerkeverein“
aufzunehmen.

Schon jetzt muß damit angefangen werden, damit
die neuen Abonnenten gleich am 1. April pünktlich in
den Besitz des Verbandsorgans gelangen.

Jeder Leser des „Gewerkeverein“ muß es als
seine Ehrenpflicht betrachten, in jedem Vierteljahr eine
möglichst große Anzahl neuer Abonnenten zu ge-
winnen.

Der billige Preis von

88 Pfg. für das ganze Vierteljahr

einschließlich des Bestellgeldes für den Briefträger
muß die Werbearbeit erleichtern.

Die Bestellung erfolgt

— darauf muß stets hingewiesen werden —

am zweckmäßigsten bei dem zuständigen Postamt oder
beim Briefträger.

Wer jederzeit über

alle Vorgänge in der Arbeiterbewegung
und insbesondere in unserer Organisation unterrichtet
sein, Abwehrmaterial gegen die gegnerischen Angriffe
haben und über die sozialpolitische Gesetzgebung stets
auf dem laufenden erhalten sein will, kann den
„Gewerkeverein“ nicht entbehren.

Darum nochmals, Kollegen, beginnt schon jetzt
mit der Werbearbeit! In der Werkstatt und im
Ortsverein sucht die Kollegen zum Abonnement zu
gewinnen!

Je mehr Abonnenten, desto mehr
Vorkämpfer für unsere gute Sache!

Sozialpolitik im Reichstage.

Wenn im Reichstage Fragen von besonderer
Bedeutung verhandelt werden, dann pflegt man
von einem „großen Tag“ zu sprechen. Die Bänke
des Bundesrats und das Haus selbst sind dann
gut besetzt, und auf den Tribünen sitzen dicht ge-
drängt die Zuschauer. „Große Tage“, wenigstens
nach Ansicht der Arbeiterschaft, gab es Ende ver-
gangener Woche und am gestrigen Montag. Stand
doch die große Gewerbeordnungs-Novelle auf der
Tagesordnung, mit der sich die Öffentlichkeit be-
reits seit beinahe einem Vierteljahr beschäftigt hat,
und gleichzeitig ein Gesetzentwurf betreffend die
Herstellung von Zigarren in der Hausarbeit sowie
das internationale Abkommen über das Verbot der
Nachtarbeit der gewerblichen Arbeiterinnen und das
Verbot der Verwendung von weißem bezw. gelbem
Phosphor zur Anfertigung von Zündhölzern.

Im Reichstage aber merkte man nichts von
„großen Tagen“. Waren auch die Tribünen be-
setzt, so war doch der Bundesratsstich fast ganz
verwaist, und von den Bänken der Abgeordneten
gähnte den Rednern eine unheimliche Leere ent-

gegen. Das Interesse an diesen für die Arbeiter-
schaft so hoch bedeutsamen Fragen muß doch ein
recht geringes sein. Das ist tief bedauerlich und
sicherlich nicht geeignet, das Vertrauen zur Volks-
vertretung zu heben!

Zur Zeit, da diese Zeilen geschrieben werden,
ist die erste Beratung der Vorlagen noch nicht zu
Ende. Trotz alledem möchten wir schon heute
unseren Lesern die Ausführungen des Staats-
sekretärs des Reichsamts des Innern, Herrn
von Bethmann-Hollweg, mitteilen, um dann
das nächste Mal über den Gang der Verhandlungen
im Reichstage selbst zu berichten. Den Inhalt
der Gewerbeordnungs-Novelle haben wir bereits in
der Nummer 102 des Jahrgangs 1907 zur Kennt-
nis gegeben. Es sei deshalb hier nur noch einmal
kurz darauf hingewiesen, daß die Novelle enthält
Neubestimmungen über die Ausstellung von
Zeugnissen für gewerbliche Arbeiter, die bereits
vom Tage der Kündigung an verlangt werden
können. Weiter sollen die Bestimmungen über die
Lohnbücher und Arbeitszettel zweckmäßiger
gestaltet, der Fortbildungsschulzwang auf
Arbeiterinnen bis zum 18. Jahre ausgedehnt
und die Befugnisse des Bundesrats zur Be-
fämpfung der von übermächtigen Arbeits-
zeiten herrührenden Gefahren auch auf sonstige
Verbotsmassnahmen in gesundheitsgefährlichen Be-
trieben ausgedehnt werden. Des weiteren wird eine
Regelung der Hausarbeit geplant. Es sind
weiter vorgesehen Ergänzungen der Strafvor-
schriften für Verstöße gegen die Arbeiterschutz-
bestimmungen, eine Regelung der Rechtsver-
hältnisse der Wermeister, Techniker und
Betriebsbeamten, Ausdehnung gewisser Ar-
beiterschutzbestimmungen auch auf hand-
werksmäßige Betriebe, Einführung einer nächst-
lichen ununterbrochenen Ruhezeit für weibliche
und jugendliche Arbeiter von mindestens
11 Stunden und endlich die Einführung des
Rechnungsbudgets für Arbeiterinnen vom
1. Januar 1910 ab.

Fürwahr eine reiche Fülle von Arbeit, die da
zu erledigen ist! Wir haben unsere Stellung zu
den geplanten Änderungen der Gewerbeordnung
bereits kurz dargelegt. Einen Fortschritt gegenüber
den bestehenden Verhältnissen würde die Novelle,
falls sie Gesetz wird, zweifellos bringen. Anderer-
seits sind wir aber der Meinung, daß, wenn einmal
Reformen geschaffen werden sollen, diese doch er-
heblich gründlicher sein müßten. Namentlich die
geplante Regelung der Heimarbeit genügt uns in
der vorgesehenen Form durchaus nicht. Indessen
wollen wir mit dieser Kritik einfallen noch zurück-
halten und für heute uns nur mit den Dar-
legungen des Herrn von Bethmann-Hollweg be-
schäftigen.

Nicht mit Unrecht hatte es am Tage vorher
der konservative Abg. Malkewitz als einen Mangel
bezeichnet, daß man auf das alte Kleid der Ge-
werbeordnung fortwährend neue Fäden seze. An-
knüpfend an diese Bemerkung wies der Staats-
sekretär darauf hin, daß das zu belleidende Wesen,
unser Gewerbe, sich gegenwärtig in den frucht-
barsten Jahren seines Wachstums befinde und man
daher unaufhörlich mit Stücken und Fäden kommen
müsse, um nur die Blöße zu bedecken. Später
könne auch einmal an die Anschaffung eines neuen
Anzuges gedacht werden. In der Tat gehört
schon ein ganz gründliches Studium dazu, wenn

man sich jetzt durch den Buß von Zusätzen zu der
Gewerbeordnung noch durchfinden will. Ohne auf
die übrigen Bestimmungen der Novelle näher ein-
zugehen, beschäftigt sich Herr von Bethmann-
Hollweg sodann einzig mit den allgemeinen Be-
stimmungen betr. die Regelung der Haus- und
Heimarbeit, die ja in der Tat den Kern der
Novelle bilden. Von Interesse sind da einige
Zahlen. Schon bei der Gewerbezahlung von 1895
— zuverlässige Angaben der letzten Zahlung sind
noch nicht veröffentlicht — wurden allein in der
Textilindustrie 195 000 Heimarbeiter gezählt, in
der Bekleidungs- und Wäscheindustrie 159 000, bei
der Metallverarbeitung 20 000, in der Nahrungs-
und Genussmittelindustrie 15 000. Die Zahl der
beschäftigten Kinder betrug allein in der Textil-
industrie 140 000. Dabei darf ruhig angenommen
werden, daß jene Zahlen, selbst für damalige Ver-
hältnisse, eher zu niedrig angegeben waren und
inzwischen noch ganz erheblich gestiegen sind.
Welche Werte von der Hausindustrie geschaffen
werden, zeigen die Jahresumsätze allein in der
Berliner Kleider- und Wäscheindustrie. Dieselben
betrugen in der Herren- und Knabenkonfektion
rund 80 Millionen, in der Damen- und Kinder-
konfektion 200 Millionen, in der Wäscheindustrie
60 Millionen und in der Schürzen- und Zupon-
konfektion 50 Millionen Mark.

Fast über das ganze Reich ist die Haus-
industrie verbreitet; die aller verschiedensten Klassen
der Bevölkerung sind darin beschäftigt, selbst Leute,
die „es gar nicht nötig haben“. Nun hat sich mit
unbestreitbarer Deutlichkeit herausgestellt, daß die
Hausindustrie ganz erhebliche Mängel aufweist,
die sich namentlich in der schlechten Beschaffen-
heit der Räumlichkeiten, den ungenügenden Lohn-
verhältnissen und den Gefahren in sittlicher und
sanitärer Beziehung äußern. Der Beseitigung
dieser Zustände sollen in erster Linie die Vor-
schriften der Novelle dienen.

In den weiteren Ausführungen beschäftigte
sich Herr von Bethmann-Hollweg mit der Kritik,
die in der Presse an dem Gesetzentwurf seit seiner
Veröffentlichung geübt worden ist. Da war ge-
rügt worden, daß die Vorschriften deswegen ungenü-
gend seien, weil sie sich nur auf diejenigen
Betriebe erstrecken sollen, welche eine besondere
Gefahr für Leben, Gesundheit und Sittlichkeit in
sich schließen. Man hatte es ferner bemängelt,
daß der Erlaß der Vorschriften in den Willen des
Bundesrats, von Landeszentral- und Polizeibehörden
gestellt ist. Der Staatssekretär meinte, daß dies
durch die Verschiedenartigkeit der Verhältnisse in
den einzelnen Industrien bedingt sei. Man hätte
auch nicht allzu tief mit rauher Hand in die Häus-
lichkeit eingreifen wollen. Es könnten sonst hohe
wirtschaftliche und ethische Werte, die hochgehalten
werden müssen, vernichtet werden. Ferner wandte
sich der Redner gegen einen Aufsatz des sozial-
demokratischen Abgeordneten Mollenhuth in der
„Neuen Zeit“, in welcher mit der auf jener Seite
üblichen Uebertreibung die Vorschriften über die
Heimarbeit sogar als ein Rückschritt bezeichnet
worden waren. Er hat zum Schluß, die große
Gewerbeordnungs-Novelle zusammen mit den beiden
anderen Vorlagen zu beraten und in einer Kom-
mission gemeinsam mit der Regierung an der
Fertigstellung der Entwürfe zu arbeiten.

Mit der Stellungnahme der einzelnen Parteien
werden wir uns in der nächsten Nummer beschäf-

tigen. Nur soviel sei schon heute gesagt, daß, abgesehen von den sozialdemokratischen Rednern, welche die Vorlage in Grund und Boden verurteilten, die Vertreter der anderen Fraktionen eine wohlwollende Prüfung in Aussicht stellten, wenn auch von allen Seiten mancherlei Änderungen verlangt wurden.

Ein „Zielbewußter“ Reinsfall.

Aus Stolp i. P. geht uns folgende Zuschrift zu:

Seit Jahren schon sind die hiesigen „freien“ Gewerkschaften bemüht, aus ihrer Mitte Vertreter in die Allgemeine Ortskrankenkasse zu wählen. Aus welchen Gründen ist leicht erklärlich, um die einträglichen Beamtenposten mit ihren Agitatoren zu besetzen, welche dann umso sorgloser für ihre politischen Bestrebungen stets kampfbereit eintreten können. Bisher ist ihnen dieses nicht gelungen. Die Allgemeine Ortskrankenkasse zählt über 3000 Mitglieder und wählt 36 Arbeitnehmervertreter und 18 Arbeitgebervertreter. Hiervon scheidet alljährlich die Hälfte aus und finden die Wahlen im Februar statt. Vor zwei Jahren versetzten nun die „Genossen“ auf einen recht schlaun Gedanken. Sie trafen nämlich mit einzelnen Gewerkschaftskollegen ein Abkommen, wonach von beiden Seiten Vertreter in Vorschlag gebracht werden sollten, um dann gemeinschaftlich in die Agitation eintreten zu können.

Die Sache wäre ja so auch recht schön und gut gewesen. Weshalb sollte man ihnen nicht auch einige Vertreter gönnen, wenn sie sonst es ehrlich und aufrichtig meinten, schon um des lieben Friedens willen. Aber die Herren trugen sich mit ganz anderen Gedanken. Als alles soweit gediehen war und die Stimmzettel für die gemeinschaftlich vorgeschlagenen Kandidaten in Druck gegeben waren, hatten die „Genossen“ nichts Eiligeres zu tun, als für sich besondere Stimmzettel drucken zu lassen, die nur Namen aus ihren Reihen enthielten. Nun glaubten sie ganz gewiß siegen zu müssen. Doch mit des Geschickes Mächten ist kein ewiger Bund zu schließen. So war es auch hier. Unsere Kollegen glaubten Ursache zum Mißtrauen zu haben, hatten ein scharfes Auge auf die Bundesgenossen und erliefen dann auch noch rechtzeitig von ihrem treulosen Vorhaben. Die Wahl ging vor sich und wer nicht siegte, waren die „Genossen“. Anstatt aber nun beschämt abzugeben, stellten sie sich als unschuldigen Verräter von der Welt hin und warfen den Gewerkschaftsmitgliedern Verrat vor. Gleich darauf holten sie sich einen Redner aus Berlin, der über Krankenkassenwesen sprach, sich aber in seinen Ausführungen noch ziemlich gemäßigelt hielt. In der Diskussion aber war der erste Redner ein Herr Platom, der nicht ein gutes Haar an den Gewerkschaftsmitgliedern ließ. An ihnen schien er sich gründlich den Magen verbrennen zu haben, und die Arbeitgeber, welche er nur mit dem Ausdruck Ausbeuter bezeichnete, schien er noch weniger verbauen zu können. Der zweite Redner, ein Herr Wildorn, war aber erst der richtige Menschenfresser. Er erweckte sich ganz besonders über den Anfall der Wahl. Wenn auch die Gewerkschaften über die Rollen den Sieg davon getragen hätten, ihres Sieges sollten sie sich jedenfalls nicht lange freuen. Für das nächste Mal stellte er uns eine gründliche Niederlage in Aussicht.

Wir nahmen die Sache nicht so ernst, und da wir die Verhüllung und die Vertretung der Krankenkasse in guten Händen wußten, gaben wir uns auch gar keine besondere Mühe bei der Agitation für die diesmalige Wahl. Die Ortsverbandverwaltung hat sich bisher um die Krankentafelverhältnisse nicht gekümmert, sondern hat es den einzelnen Mitgliedern überlassen, sich mit den „Genossen“ abzugeben. Die Kassenvorsteher zugunsten der Mitglieder gearbeitet haben, geht daraus hervor, daß in den letzten Jahren mancherlei Verbesserungen getroffen sind. So ist das Stufenlohn eingeführt, wonach jedes Mitglied sich nach seinem Verdienste versichern kann. Das tägliche Krankengeld beträgt: 40, 50, 75, 100, 125 und 175 Pfg., einschließlich der Sonn- und Feiertage. Im vergangenen Jahre wurde ferner beschlossen, die drei Karenztage bei länger als 14 tägiger Krankheit mit auszusahlen.

Wenn die Genossen immer noch auf einen Sieg rechnen, so sind sie auf das bitterste enttäuscht worden. Denn die am 11. Februar d. J. vollzogenen Vertreterwahlen haben mit einer empfindlichen Niederlage der Sozialdemokratie geendet. Der Ansturm der „Genossen“ ist auf der ganzen Linie glänzend zurückgeschlagen worden. Nachdem bei den Wahlen im vorigen Jahre die Vertreter der nationalen Arbeiterschaft nur mit einer Stimme Mehrheit, nämlich mit 316 gegen 315 Stimmen das Feld behauptet hatten, war für die diesmaligen Wahlen eine ungläubliche Agitation und Propaganda seitens der „Genossen“ entfaltet worden, um die hiesige Allgemeine Ortskrankenkasse als parteipolitisches Sprungbrett benutzen zu können. Versammlungen über Versammlungen wurden abgehalten, um die Wählerschaft für die sozialdemokratischen Ideale zu begeistern. Aber alle

Liebesmühe war umsonst; umsonst auch der Terrorismus, der vor dem Wahlofale in brutalster Weise geübt wurde. Sicher hatten die „Genossen“ auf einen Sieg gerechnet. Umso größer war daher die Enttäuschung, als Abends das Wahlergebnis verkündet wurde. Die nationalen Kandidaten waren mit glänzender Mehrheit gewählt worden. Sie erhielten 381 Stimmen, während die „Genossen“ nur 238 Stimmen auf sich vereinigten. Während diese also einen Verlust von 77 Stimmen zu verzeichnen hatten, können wir einen Gewinn von 45 Stimmen aufweisen.

Naturngemäß fuhr den „Genossen“, als sie die Kunde von ihrer Wahlwiederlage vernahmen, ein Schreck in die Glieder. Es ist auch erklärlich, daß diese Nachricht bei ihnen nicht gerade angenehme Gefühle auslöste. Umso größere Befriedigung herrscht in den Kreisen der nationalen Arbeiter in Stolp darüber, daß die Maulwurfsarbeit der roten Apostel an dem gelunden Sinne der hiesigen Arbeiterschaft gescheitert ist.

Doch darüber können die „Genossen“ beruhigt sein, daß die gewählten Vertreter nicht einseitig, sondern zum Gemeinwohl aller Mitglieder und zum Segen der Kasse arbeiten werden, und sollten die „Genossen“ besondere Wünsche oder gute Vorschläge haben, so wird der Kassenvorstand gern bereit sein, dieselben soweit wie möglich anzuhören und zu erfüllen.

A. G.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, 3. März 1908.

Eine ganze Reihe von Delegiertentagen bzw. Generalversammlungen der einzelnen Gewerkschaften findet in diesem Jahre statt. Zu Ostern tagen im Berliner Verbandshaus die Delegiertentage des Gewerkschafts der Textilarbeiter und derjenige des Gewerkschafts der Deutschen Frauen und Mädchen. Zu Pfingsten tagen in Berlin der Gewerkschaft der Maschinenbau- und Metallarbeiter und der Gewerkschaft der Tischler, während die Schuhmacher und Lederarbeiter in Leipzig ihre Generalversammlung abhalten. Im Sommer findet in Estetin der Delegiertentag des Gewerkschafts der Schneider und in Halle der Delegiertentag des Gewerkschafts der Fabrik- und Handarbeiter statt. Reiche Arbeit ist auf allen diesen Tagungen zu erwarten. Würde dieselbe so geleistet werden, daß die Beschlüsse nicht nur den einzelnen Gewerkschaften, sondern auch dem Gesamtverbande zum Segen gereichen.

Mit der Ausdehnung der Sonntagsruhe im Handels- und gewerblichen Bereich hat sich in diesen Tagen die Berliner Handelskammer beschäftigt. Auf die behördliche Anfrage hat sie sich bedauerlicherweise gegen diesen Vorschlag erklärt, da die gegenwärtig bestehenden Vorschriften der Gewerbeordnung hinreichende Handhaben bieten, eine allen Interessenten Rechnung tragende Regelung der Sonntagsruhe im Handels- und gewerblichen Bereich zu treffen.

Auch der Zentralausschuß Berliner kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine hat sich auf eine Anfrage des Polizeipräsidenten gegen diese Gewerbeordnungs-Novelle ausgesprochen, weil sie den Interessen, besonders der Kleingewerbetreibenden, zuwiderlaufen würde. Der Zentralausschuß ist der Meinung, daß der gesetzliche Zwang schädlich, überflüssig und verhängnisvoll sei; da, wo die wirtschaftliche Notwendigkeit zum Offenhalten der Betriebe nicht bestehe, würden die Kaufleute von selbst zur Durchführung der völligen Sonntagsruhe übergehen.

Im Gegensatz dazu hat sich die Handelskammer von Frankfurt a. M. auf den Standpunkt gestellt, daß die Einführung der völligen Sonntagsruhe durch ein Reichsgesetz durchaus angebracht sei. Gerade die Regelung der Sonntagsruhe durch Ortsstatut habe für die Stadt Frankfurt mannigfache Nachteile zur Folge gehabt, da diejenigen Teile der ländlichen Bevölkerung, die aus Bequemlichkeit ihre Einkäufe am Sonntag besorgten, nach benachbarten Orten gingen, wo die Sonntagsruhe nicht so streng durchgeführt ist.

Eine Friedenskonferenz für das deutsche Schneidergewerbe hat am 24. Februar in Leipzig stattgefunden. Es galt dort, eine Einigung herbeizuführen über Differenzen, die an mehreren größeren Orten wie Danzig, Jena, Königberg i. Pr. und Leipzig über die Arbeitsverhältnisse entstanden waren. Teilnahmen an der Konferenz die Hauptvorstände der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, sowie Vertrauensleute beider Teile aus den genannten Städten. Für den Gewerkschaft der Deutschen Schneider waren die Kollegen Schwerdtfeger und Krüger-Potsdam anwesend. Nach eingehenden Beratungen gelang es den beiderseitigen Bemühungen, in allen Streitfragen eine vollständige Einigung zu erreichen. Der erste auf Grund des auch von uns

beröfentlichten Friedensvertrages gemachte Vermittlungsversuch ist also völlig gescheitert, was auf beiden Seiten allgemeine Befriedigung hervorgerufen hat. Es darf nach dem Verlauf dieser Sitzung erwartet werden, daß es auch in Zukunft gelingt, dem Gewerbe durch das Eingreifen der Hauptvorstände schädigende Störungen fernzuhalten und dadurch den Interessen beider Parteien zu dienen.

Wellschauung und Arbeiterbewegung. Gerade in dem Augenblick, wo bereits die zweite Auflage der Broschüre „Die Besse verläßt, kommt der sozialdemokratische „Proletarier aus dem Gulengebiete“, um seinem Vorgesetzten über diese Schrift Luft zu machen. Statt zu versuchen, die Angriffe auf die Sozialdemokratie, als die Herrscherin über die „freien“ Gewerkschaften, zu widerlegen — ach, wenn er das könnte — läßt er den „aufgeklärten“ Arbeiter aufmarschieren, der nichts wissen wolle von der Einwirkung der Arbeiter in die bürgerliche Gesellschaft, sondern an der Befreiung der bürgerlichen Gesellschaft arbeite. Wie oft wird der Schnee nach auf der „Eule“ schmelzen müssen, bis das an der Stange hängende Endziel, das Herr Franz Feldmann dem Zuge der „Zielbewußten“ unterwirft voran trägt, erreicht ist? Wann wird dieser St. Nimmerleinstag erscheinen?

Wahlen. In Weiskirchen b. Augsburg haben in diesen Tagen die Gewerbe- und Arbeiterwahlen stattgefunden. Trotz der rücksichtslosen Agitation unserer Gegner, sowohl der „Freien“, wie der Christlichen, gelang es uns doch, den Kollegen Leonhard Ernst, vom Ortsverein der Textilarbeiter, als Besitzer und den Kollegen Josef Schmidt, vom Ortsverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter als Ersatzmann zum Gewerbe- und Arbeitergericht zu wählen.

Arbeiterbewegung. Die Maschinen- und Feiler auf den Reindampfern sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern eine anderweitige Regelung der Arbeitszeit, Zuschlag für Ueberstunden und Sonntagsarbeit, eine wöchentliche Lohnerhöhung von 2 Mk. und alle 3 Wochen einen freien Sonntag. Die Reedereibesitzer in Düsseldorf, Duisburg, Köln und Wilhelm haben diese Forderungen abgelehnt. — Infolge der kritischen Lage im Baugewerbe sind bereits am vergangenen Sonntag die Vertreter der großen Bauarbeiterorganisationen in Berlin zusammengetreten, um über die einzuschlagenden Schritte zu beraten. Es wurde beschlossen, von allen Angriffskreisen im kommenden Frühjahr abzugehen, andererseits aber jede Verschlechterung der Arbeitsbedingungen abzulehnen. Außerdem wurde nach den gemachten Erfahrungen die Erwartung ausgesprochen, daß den von den Organisationsleitungen getroffenen Maßnahmen streng Folge geleistet wird. Inzwischen ist es in Heidelberg bereits zum Kampfe gekommen, da die gepflogenen Unterhandlungen ergebnislos verliefen. Die Zahl der ausgesperrten Bauarbeiter beläuft sich auf etwa 150. — Auf friedlichem Wege haben die Tabakarbeiter und -arbeiterinnen in Pögnitz insofern einen Erfolg erzielt, als ihnen von mehreren größeren Firmen 10—20prozentige Lohnerhöhungen bewilligt wurden. — Eine Lohnbewegung ist im Stukkateurgewerbe in Köln im Gange. Die Schläfen hatten der Vereinigung der Unternehmer einen Tarif unterbreitet, der aber von den Unternehmern derartig abgeändert wurde, daß dadurch erhebliche Verschlechterungen des jetzt bestehenden Tarifs eintreten würden. Infolgedessen lehnte eine Versammlung der Stukkateurgehilfen den abgeänderten Tarif ab und beauftragte die Lohnkommission nochmals mit den Prinzipalen in Verhandlungen zu treten.

In Alaska (Nord-Amerika) stehen die Bergleute im Streit, weil ihnen die Forderung der achtstündigen Arbeitszeit und ein Tagelohn von 5 Dollar (21 Mk.) abgelehnt worden ist. — In Budapest wurden in der Torpedoabteilung der Danubius-Schiffbau-Gesellschaft alle Arbeiter ausgesperrt, weil sie Lohnforderungen gestellt hatten.

Was du nicht willst, daß man dir tu'... In seiner Sonntagsnummer bewertete sich der „Vorwärts“ über die „gehabigten Mittel“, mit denen die Behörden die Sozialdemokratie bekämpfen. So sei im Blankenburger Kreise, „allen denjenigen Einwohnern, welche dem sozialdemokratischen Verein angehören und sich somit als Sozialdemokraten bezeichnen haben, seitens der höchsten Behörde die Vergünstigung zum Empfang von Holz, zur sogenannten Unteranfertigung entzogen worden“. Das sozialdemokratische Zentralorgan rügt es nun, daß nicht die Bedürftigkeit dafür entscheidend sein solle, wer das Holz zu billigerem Preise erhalten soll, sondern die „Untertänigkeit“ und die sogenannte „gute Seinnung“.

Ganz richtig! Aber machen es denn die „Genossen“, wo sie die Macht haben, anders? Hier handelt es sich nur um den Bezug billigeren Holzes.

Uns sind aber Hunderte von Fällen bekannt, wo Verhandler aller Art ihre Arbeitstollegen um ihre Stellung, die oft um ihre ganze Existenz gebracht haben, weil diese sich ebenfalls eine eigene Ueberzeugung bewahrt hatten und diese nicht aufgeben wollten. Ist es nicht viel schlimmer und verurteilenswerter, wenn Arbeiter gegen ihre Arbeitsgenossen so vorgehen, als wenn das Leute vom grünen Tische tun, die den schweren Kampf ums Dasein, den der Arbeiter tagtäglich zu führen hat, nicht kennen gelernt haben? Erst heute wurde uns mitgeteilt, daß der Schriftführer unseres neubegründeten Ortsvereins der Lössler in Berlin entlassen wurde, da die dem Zentralverbande angehörenden „Arbeitsbrüder“ sich weigerten, mit ihm zusammenzuarbeiten, lediglich weil er dem Gewerbeverein angehört. Einem anderen Kollegen auf demselben Bau stellte man es frei, weiterzuarbeiten, natürlich in der festen Erwartung, daß derselbe wieder zu dem allein leitenden Verbände zurückkehren würde. Der Betroffene hat sich jedoch den Magen so gründlich verdorben, daß er ein für alle Mal auf die Zugehörigkeit verzichtet und es vorgezogen hat, mit dem anderen Kollegen die Arbeitsstätte zu verlassen.

Dieser Terrorismus gegen Andersgefinnte ist umgleich viel schlimmer als das oben geschilderte Vorgehen einer Behörde. Deshalb möchten wir dem „Vorwärts“ sagen: „Wer im Glashause sitzt, soll nicht mit Steinen werfen“.

Mit dem Generalkreis am 18. März will die Zentralleitung der sozialdemokratischen Partei gegen das Wahlrecht in Preußen demonstrieren. So meldet die „Freisinnige Zeitung“, und der „Vorwärts“, der wohl über diese Mitteilung allerlei Mätzchen macht, vermeidet es ausdrücklich, dieselbe als falsch hinzustellen. Wie dem auch sei: Weder StraßenDemonstrationen, noch Generalkreis erscheinen uns als geeignete Mittel, die preussische Regierung zur Einführung des Reichstagswahlrechts für den Landtag bestimmen zu können. Im Gegenteil sind wir der Meinung, daß die Reaktion dadurch nur noch gestärkt wird. Wir können uns auch des Eindruckes nicht erwehren, daß alle jene Maßnahmen seitens der Sozialdemokratie nicht getroffen werden zugunsten einer Reform des Landtagswahlrechts, sondern lediglich zu Parteizwecken. Somit könnten die „Genossen“ nicht die Mitwirkung, die ihnen von manchen Seiten noch immer angeboten wird, so schroff zurückweisen. Wir erinnern da nur an einen Verfall, der sich kürzlich im Berliner Arbeiterverein von 1862 zugetragen hat. Da wurde nach einem Vorschlage unseres Kollegen Erkelenz über das preussische Landtagswahlrecht eine Resolution eingebracht, wonach der Verein sich verpflichtet, in Berlin eine energische Agitation zugunsten einer Wahlrechtsreform zu entfalten. Diese Resolution wurde abgelehnt, nachdem ein anwesender Sozialdemokrat, der den nötigen Anhang mitgebracht hatte, erklärte, daß der Kampf gegen das bestehende Wahlrecht in Preußen Sache der Sozialdemokratie sei.

Abgesehen von der maßlosen Ueberhebung, die in dieser Behauptung liegt, sei nur noch einmal kurz darauf hingewiesen, daß noch bis vor etwa zehn Jahren die Sozialdemokratie auch nicht einen Finger für eine Reform des preussischen Landtagswahlrechts gerührt hat.

Eine neue Klage gegen die Krupp'sche Pensionskasse wurde vergangene Woche vor dem Gewerbegericht in Essen verhandelt. Ein Maurer, der wegen Arbeitsmangel entlassen war, klagte auf Wieder-einstellung oder auf Berechtigung seiner Weiterver-sicherung bei der Pensionskasse. Auch er ging von dem Grundpunkte aus, daß das Verhalten der Firma gegen die guten Sitten verstöße. Der Kläger hatte aber mit diesen Ausführungen kein Glück, sondern wurde mit seiner Klage abgewiesen.

Auch dieser neue Fall zeigt, wie dringend notwendig eine baldige gesetzliche Regelung des Werk-sipensionskassenwesens ist. Ubrigens wird sich der Zentralrat in seiner nächsten Sitzung mit dieser Frage eingehend beschäftigen.

Eine beachtenswerte Aeußerung machte bei der Beratung seines Etats im preussischen Abgeordneten-hause der Minister des Innern v. Wolffe. Er er-klärt, daß die Kriegervereine sich frei halten müßten von politischen Bestrebungen, aber ebensowenig wie Parteipolitik gehören konfessionelle Politik in die Kriegervereine. Diese Grundzüge können wir nur billigen. Wir möchten sie aber auf andere Verhältnisse übertragen wissen. Was der preussische Minister hier für die Kriegervereine gesagt hat, das gilt noch in viel höherem Maße für die Arbeiter-berufsvereine, die sich mit viel ernsteren Dingen zu beschäftigen haben. Ebenso wie die Kriegervereine durch das Hineintragen politischer und religiöser Mo-mente zerrissen werden, muß dieses bei den Arbeiter-berufsvereinen geschehen, und das ist um so bedauer-licher, als es sich bei ihnen doch einzig und allein um wirtschaftliche Ziele handelt. Vielleicht gibt die Aeußerung des Herrn v. Wolffe den anderen Or-

ganisationen etwas Stoff zum Nachdenken. Auf die sozialdemokratischen Gewerkschaften werden sie kaum Eindruck machen, weil sich bei ihnen der Grund-satz, daß Partei und Gewerkschaften eins sein müssen, bereits zu fest eingesenkt hat. Leider aber werden auch die Christlichen sich nicht allzuviel daraus machen. Das ist im Interesse einer einheitlichen und gesunden Entwicklung der Arbeiterbewegung tief bedauerlich.

Einem bemerkenswerten Beitrag zur Fortbildung des Arbeitsvertrages bringt die „Soz. Praxis“. In Dortmund ist in einer größeren Zahl kleinerer und mittlerer Betriebe des Eisen- und Metallgewerbes als Folge der nachlassenden Konjunktur von den Be-triebsleitungen mit Einwilligung der Arbeiterschaft eine Lohnherabsetzung, die in einzelnen Fällen bis zu 15 pCt. geht, vorgenommen worden. Den Vertretern der Arbeiter wurde Aufschluß über die derzeitige Lage des Gewerbes gegeben und sodann die Wahl gestellt zwischen drei Möglichkeiten: Entweder müßten die Betriebe Arbeiterentlassungen vornehmen, oder es müßten jede Woche ein paar Feiertage eingelegt oder endlich eine 15prozentige Lohnherabsetzung für die nächste Zeit vorgeesehen werden. Die Arbeiter waren grundsätzlich gegen Entlassungen, aber nach einiger Ueberlegung auch gegen die Einlegung von Feiertagen. Sie entschieden sich für eine vorüber-gehende allgemeine Lohnherabsetzung, wobei ihnen zu-gesichert wurde, daß bei einer entsprechenden Hebung des Auftragsbestandes die alten Löhne alsbald wieder in Kraft treten sollten. Dies Verfahren wird zwar im gegenwärtigen Moment dadurch besonders er-leichtert, daß die augenblickliche Abflauung der Kon-junktur nicht sehr akuten Charakter trägt, es beweist aber doch auf alle Fälle, daß es bei einem ver-sündigen Entgegenkommen auf beiden Seiten auch ohne Kämpfe geht.

Jedenfalls haben in diesem Falle die Arbeiter ein hohes Maß von Entschung und Einsicht gezeigt. Hoffentlich werden bei besserer Geschäftslage die be-treffenden Arbeitgeber dies auch entsprechend zu-würdigen wissen.

Interessante Zahlen über die Eisenbahnen im Deutschen Reich gibt eine im Reichsbahnamt be-arbeitete Statistik wieder. Danach ist die Länge der deutschen vollspurigen Eisenbahnen von 46 171 km am Ende des Rechnungsjahres 1896 auf 55 747 km am Ende des Rechnungsjahres 1906, also um 20,7 pCt. gewachsen. Von der Länge entfielen 1896 43 071 km oder 93,3 pCt. auf Staatsbahnen und 3100 km oder 6,7 pCt. auf Privatbahnen, 1906 dagegen 51 694 km oder 92,7 pCt. auf Staatsbahnen und 4053 oder 7,3 pCt. auf Privatbahnen. An Betriebsmitteln zur Bewältigung des Verkehrs fanden den voll-spurigen deutschen Eisenbahnen im Rechnungsjahre 1906 22 855 Lokomotiven, 47 057 Personenwagen und 479 061 Gepäc- und Güterwagen zur Verfügung. Gegen 1896 hat bei den Lokomotiven eine Zunahme von 39,8 pCt., bei den Personenwagen eine solche von 43,3 pCt. und bei den Gepäc- und Güterwagen eine solche von 38,3 pCt. stattgefunden. Die Ver-schaffungskosten der Betriebsmittel haben sich von 1888,93 Millionen Mark auf 3065,88 Millionen Mark oder um 54,1 pCt. erhöht. Der Aufschwung des Personenverkehrs ergibt sich daraus, daß aus ihm 1906 eine Einnahme von 736,41 Millionen Mark, gegen 444,61 Millionen Mark im Jahre 1896, erzielt wurde. Die Steigerung betrug mithin 65,6 pCt. Jedes Kilometer brachte 1906 eine Ein-nahme von 13 598 M. gegen 9856 M. im Jahre 1896, das sind 37,42 M. oder 38,0 pCt. mehr. Der Anteil der Wagenklassen an der Einnahme aus der Personenbeförderung stellte sich bei der 1. Klasse auf 3,83 pCt. (gegen 4,25 i. J. 1896), bei der 2. Klasse auf 20,06 pCt. (24,18), bei der 3. Klasse auf 49,08 pCt. (48,85), bei der 4. Klasse auf 25,22 pCt. (20,05), bei der Militärbeförderung auf 1,81 pCt. (2,84). Auf jeden Einwohner Deutschlands entfielen im Jahre 1906 durchschnittlich 20 Eisenbahnfahrten gegen 12 im Jahre 1896; dagegen ist die durchschnitt-lich zurückgelegte Wegstrecke von 23,38 auf 22,93 km gesunken.

Die Gründung eines Arbeiterlagers für die englischen Gewerbetreibenden scheint zur Latioche zu werden. Circa 90 Vertreter von 40-50 Trade-Unions, die insgesamt über eine halbe Million Mitglieder umfassen, haben sich in London eingehend mit dem Plane beschäftigt und den Beschluß gefaßt, die Zeitungs-gründung durchzuführen. Der parlamentarische Aus-schuss ist angewiesen worden, die Sache dem gemein-samen Vorstände sämtlicher Trade-Unions als Grundlage für einen gemeinsamen Plan zu unter-breiten, um diesen der ganzen Arbeiterschaft zur An-nahme zu empfehlen. Die Durchführung des Planes ist so gedacht, daß eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung gebildet wird, die ein Kapital von 100 000 Pfund Sterling (2 000 000 M.) in Anteilen von 1 Pfund den einzelnen Gewerbetreibenden zur Einzei-

nung anbieten soll. Wenn nicht mindestens 75 000 Pfund Sterling auf diese Weise gezeichnet sind, so sollen außer den Gewerbetreibenden auch Freunde der Arbeiterbewegung als Teilnehmer herangezogen werden, aber auch nur dann, wenn die angelegierten Vereine nicht weniger als 50 000 Pfund Sterling gezeichnet haben. Der Reinertrag soll nach Zurück-legung eines Reservefonds unter die Gesellschafter verteilt werden.

Man sieht auch hieraus, daß die Sache nicht so einfach ist. Selbst bei den mächtigen englischen Trade-Unions, deren Mitgliederzahl weit über 1 Million beträgt, rechnet man eventuell mit der Unterstützung wohlwollender, aber doch immerhin der Arbeiterbewe-gung selbst fernstehender Kreise.

Die 8. Volksvorstellung der Generalintendantur der Königl. Schaulpiele in dieser Saison findet am Donnerstag, den 5. März, abends 8 Uhr, im Neuen Königl. Operntheater (Kroll), statt. Zur Aufführung gelangt: Uriel Acosta, Trauerspiel von Karl Gutzkow. Der Biletverkauf erfolgt wie bisher in den be-kannten Verkaufsstellen des Vereins für Volksunter-haltungen.

Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1907.

Ortsverband Bromberg.

Unser Ortsverband bestand bis 1. Juli 1907 aus 8 Ortsvereinen, denen sich im Laufe des Jahres die 8 anderen am Orte bestehenden Vereine angeschlossen, so daß der Verband in 6 Ortsvereinen an 500 Mitglieder zählt. Die Geschäfte wurden in 10 Vorstandssitzungen und 3 Orts-verbandsversammlungen erledigt. In der letzten wurde ein Vortrag über Tuberkulose, von Herrn Dr. Scheerer gehalten, welcher sehr lehrreich war. Auch hielt in einer öffentlichen Versammlung Kollege Borrah-Ebing einen Vortrag über das Staatseinkommen-Steuergefäß. Ferner fand eine Besichtigung der elektrischen Zentrale unter sachmännischer Führung statt. Auch einige Festlichkeiten wurden abgehalten bezw. mitgemacht, um das Zusammengehörigkeitsgefühl der Verbandsgenossen zu pflegen. Der Ortsverband stellte auch einige Anträge zum Verbandsstage, die zum Teil Annahme fanden. Bei den Gewerbegerichtswahlen kam unser Kollege Heindke durch. Nun, Kollegen, heißt es im neuen Jahre fleißig weiter arbeiten zum Nutzen unserer Organisation. Keiner darf die Hände müßig in den Schoß legen. Jeder einzelne muß vielmehr auf dem Posten und ein Agitator sein, um auch hier im Osten der Organisation der Arbeiter und besonders den Deutschen Gewerkevereinen immer mehr Boden zu gewinnen. Auf an die Arbeit! Unsere Lösung muß sein: „Vorwärts immer, Rückwärts immer!“
F. J. SiebARTH, Ortsverbandschriftführer.

Ortsverband Ebing.

Der Anfang des Jahres schien unserer Sache günstig zu sein. In der ersten Ortsverbandsversammlung am 5. Januar hielt Kollege Borrah einen Vortrag über Frauen- und Arbeiterinnenfrage. Der Erfolg der Versammlung, der eine rege Agitation vorangegangen war, bestand darin, daß noch in demselben Monat die Gründung eines Ortsvereins der Frauen und Mädchen mit 29 Mitgliedern vollzogen wurde, welcher auch bald darauf seine Aufnahme in den Ortsverband nachsuchte.

Während Frühjahr und Sommer ruhig verließen, biachte der Herbst die Stadtverordnetenwahl. Die Gewerbetreibenden hatten diesmal daran ein besonderes Interesse, da auch Kollege Borrah zur Wahl gestellt wurde, was ihren Eifer und auch ihren Eifer desto lebhafter angeregt hatte. Erfreulicherweise waren die Bemühungen von Erfolg gekrönt, insofern als Kollege Borrah mitfamt den bürgerlichen Kandidaten zum Stadtverordneten gewählt wurde.

Wenn auch nach der Wahl ein großes Gezeiter auf Seiten unserer künftigen Freunde erhoben wurde, so wird das unserem Kollegen Borrah nicht hindern, auch im Stadtparlament die Interessen der Arbeiter zu vertreten.

Die weiteren geschäftlichen Angelegenheiten des Orts-verbandes wurden in 8 Verbandsversammlungen, 4 kombinierten Vorstandssitzungen und in 4 Verbandsversammlungen er-ledigt. Im Laufe des Berichtsjahres wurde auch eine Ein-gabe an den Magistrat und an den Regierungspräsidenten um Erhöhung des ortsblichen Tagelohnes gerichtet. Hoffent-lich findet dieselbe Berücksichtigung.

Neben diesen geschäftlichen und ersten Arbeiten hat der Ortsverband seinen Mitgliedern auch Stunden des Hof-finns bereitet, zur Förderung des Zusammengehörigkeits-gefühls der Vereine. Es geschah dieses durch 2 Lichtbilder-vorträge, sowie die Fester des Sommerfestes, welches bei zahlreicher Beteiligung der Mitglieder begangen wurde. Auf Anregung des Kollegen Borrah wurde im Oktober ferner eine Vereinbarung mit dem Direktor des hiesigen Stadttheaters getroffen, nach welcher derselbe für eine ge-wisse Summe Theateraufführungen für die Mitglieder des Ortsverbandes gibt.

Obgleich die Versammlungen nicht immer so besucht wurden, wie es eigentlich Pflicht der Mitglieder gewesen wäre, wird es sich der neue Vorstand im neu begonnenen Jahre nicht nehmen lassen, seine ganze Kraft in den Dienst unserer Sache zu stellen. Aber auch jeder Verbandskollege, sowie hauptsächlich die Vorstandsmitglieder der einzelnen Ortsvereine müssen an der gemeinsamen Arbeit teilnehmen, damit das Werk, welches unser verdienstlicher Anwalt an-gefangen hat, immer mehr und mehr vervollkommen wird und wir dem Ziele, welches uns durch das Programm der Deutschen Gewerbetreibenden gesetzt ist, immer näher kommen. zum Nutzen und Segen der deutschen Arbeiterschaft.

G. Zimmermann.

Ortsverband Kaiserslautern.

Wenn auch der Ortsverbandsauschuss im vergangenen Jahre eine überaus rege Tätigkeit entwickelt hat, so mußte doch öfters Klage geführt werden über die Ruhe der Mitglieder, die wenigstens zum Teil den Ortsverbandsauschuss nicht immer so unterstützen, wie es im Interesse unserer Sache liegt. Unter solchen Umständen natürlich können auch keine großen Erfolge erzielt werden. Das zeigte sich auch bei der Gewerbeerhebung, wo wir zwar einen Beisitzer und einen Erstagmann durchbringen konnten. Wir hätten aber mehr erreicht, wenn alle Mitglieder ihre Schuldigkeit getan hätten.

Die geschäftlichen Angelegenheiten des Ortsverbandes wurden erledigt in 16 Ausschüssen und 4 kombinierten Sitzungen, ferner in 4 ordentlichen und 2 außerordentlichen und einer öffentlichen Versammlung. Letztere fand in dem benachbarten Eschenbach statt. Der Bezirksleiter des Gewerbevereins der Fabrik- und Handarbeiter, Kollege Reuß-Kaiserslautern referierte über die Stellung der Deutschen Gewerbevereine in der Arbeiterbewegung und erzielte regen Beifall. Die Ausführungen des geschäftlichen Ausschusses in der Diskussion konnten treffend zurückgewiesen werden. Sowohl in Eschenbach, wie auch am hiesigen Orte werden unsere Mitglieder von den „freien“ und christlichen Gewerkschaften hart bedrängt. Trotzdem können wir Erfolge erzielen, wenn jeder seine Pflicht tut. Darum, Kollegen, kämpft für unsere gerechte Sache, für Wahrheit und Recht, für diejenige Organisation, die eure Rechte wahr und wirksam fördert, die Deutschen Gewerbevereine!

Jako b Dent, Sekretär.

Ortsverband Karlsruhe.

Unser Ortsverband zählt zurzeit 7 Ortsvereine mit 450 Mitgliedern. Die geschäftlichen Angelegenheiten wurden erledigt in 8 ordentlichen und 1 außerordentlichen Ortsverbandsversammlung, 2 kombinierten Sitzungen und 16 Ausschüssen. Ein sehr interessanter Vortrag wurde von Herrn Rechtsanwalt Dr. Haas über „Die Arbeiterfrage“ gehalten. Auch lieren wir es uns nicht nehmen, durch Veranstaltungen von Festlichkeiten die Zusammengehörigkeit zu pflegen und an die Öffentlichkeit zu treten. An den Veranstaltungen des Vereins „Volksbildung“, dessen korporatives Mitglied wir sind, nehmen unsere Mitglieder rege teil. Kurzum, es wurde getan, was getan werden konnte, um den Ortsverband zu fördern. Nur eins ist zu bemängeln, daß die Ortsverbandsversammlungen im allgemeinen nicht gut besucht waren. Mögen die Mitglieder im neuen Jahre mehr auf dem Posten sein und den Ausschuss besser unterstützen. Nur durch einmütiges Zusammenwirken und durch den Zusammenfluß aller Mitglieder kann unsere Sache wirksam vorwärts gebracht werden.

K. Fath, Ortsverbandschriftführer.

Ortsverband Ladenburg und Umgegend.

Der Ortsverband erledigte seine Geschäfte in 8 Vertreter- und 4 Vorstandssitzungen und 8 Ortsverbandsversammlungen. In der ersten Versammlung in Birkenau hielt Kollege Herberich-Mannheim einen Vortrag über den Stand der heutigen Arbeiterbewegung. In der zweiten öffentlichen Ortsverbandsversammlung in Alsbach sprach Kollege Hartmann über: „Die Gewerbevereine und die heutige Arbeiterbewegung“. In der dritten Versammlung in Ladenburg beschäftigten wir uns nur mit inneren Verbandsangelegenheiten. Unser Ortsverband betätigte sich zweimal an der Lohnbewegung der Firma Gebrüder Berich, Zigarrenfabrik in Ladenburg. Bei der ersten Bewegung wurde ein Erfolg erzielt. Unsere Agitation wird in Ladenburg hauptsächlich von Hans zu Haus betrieben, und ist auch von Erfolg gekrönt, besonders für die Fabrik- und Handarbeiter. Unsere Kollegen haben unter dem Terrorismus der sozialdemokratischen Gewerkschaften viel zu leiden. Das wird uns aber nicht abhalten, energisch für unsere Sache zu agitieren und zu zeigen, daß in Ladenburg der Gewerbevereinsgeist noch nicht erloschen ist, sondern wie gewohnt sind. Mann für Mann einzutreten, wenn es gilt, für unsere Sache zu wirken, oder die gefährlichen Angriffe der Gegner zurückzuschlagen.

Christoph Seidler, Schriftführer.

Ortsverband Stuttgart-Gannstatt.

Der Ortsverband Stuttgart nahm in Anbetracht der Eingemeindung Gannstatts obigen Namen an. Das ver-

hoffene Jahr war reich an Kleinarbeit, die aber nicht immer den gewünschten Erfolg hatte. Dagegen gelang es, die Öffentlichkeit mehr als bisher auf die Gewerbevereine aufmerksam zu machen. Die Angriffe der Gegner wurden energisch zurückgewiesen, wobei wir von dem volksparteilichen „ Beobachter“ eifrig unterstützt wurden. Der Wunsch nach Anstellung eines Beamten, der schon lange Zeit reger ist, führte zu einer vom Ortsverband einberufenen Konferenz aller württembergischen Ortsvereine. Es wurde eine Kommission zur Erledigung der weiteren Arbeit gewählt, und wir hoffen, in der ersten Hälfte des neuen Jahres das Arbeitersekretariat errichten zu können. Dem Vorsitzenden wurde die gegnerische Presse aus Verbandskosten zur Verfügung gestellt. Dem Ortsverband traten in diesem Jahre der Ortsverein der Maschinenbauer Berg bei. Die Geschäfte wurden erledigt in 8 Ausschüssen, 2 Konferenzen, 2 Ortsverbandsversammlungen und 2 öffentlichen Versammlungen, in welchen Kollege Reyer Vorträge hielt über den Verbandstag und über Alters- und Invalidenversicherung. Kollege Goldschmidt sprach in einer öffentlichen Versammlung über das Thema: „Was kann das Bürgertum zur Befreiung der deutschen Arbeiterbewegung tun? Auch eine Wehrmachtsfeier haben wir veranstaltet, die einen kleinen Lieberstich brachte. Um einen besseren Verbandsbesuch zu erzielen, wurde unter den Vereinen ein Abkommen getroffen, daß die Versammlungen der einzelnen Vereine eingeschränkt und dafür monatlich eine gemeinsame Versammlung stattfindet, in welcher gewöhnlich ein Referat gehalten werden soll. Das neue Lokal befindet sich im „Löwen“ in Gannstatt, wo jeden Sonntag vormittags Gelegenheit zur Beitragszahlung gegeben ist. Auch Auskunft über alle die Organisation betreffenden Fragen kann dort geholt werden.

Christian Pfeiffer, Ortsverbandschriftführer.

Gewerbevereins-Teil.

§ Wandsberg. Den Bemühungen des Ortsverbandsvorstandes ist es gelungen, am Sonntag, 28. Februar, eine große Anzahl von Arbeiterinnen zusammenzubringen und einen Ortsverein der Frauen und Mädchen zu gründen. Wir sind der Überzeugung, daß, nachdem am hiesigen Orte einmal der Grund zur Organisation der Arbeiterinnen gelegt ist, wir auch schnell vorwärts kommen werden. Jedenfalls werden wir es nicht an Agitation fehlen lassen, um den jungen Verein durch Zuführung neuer Mitglieder zu stärken und zu vergrößern.

A. V.

Verbands-Teil.

Einladung

zu einer Konferenz der Ortsverbände Albersleben, Dessau-Roßlau, Förderst. Wiersleben, Halberstadt, Jernitz, Leopoldshall-Staßfurt, Luedlburg und Zerbst am Sonntag, den 15. März d. Js., vormittags 10 1/2 Uhr in Dessau, Restaurant „Centralhallen“, im Herzoglichen Hoftheaterbau.

Tages-Ordnung:

1. Wahl des Bureau's.
 2. Wie gestalten wir die Agitation in unserem Bezirk? — Referent: Verbandsvorsitzender Carl Goldschmidt.
 3. Verschiedenes.
- Wir richten an alle oben bezeichneten Ortsverbände die bringende Bitte, diese Sitzung durch ihre Vertreter zu beschicken. Jeder Ortsverband hat das Recht, drei Vertreter zu entsenden. Die Kosten müssen aus der Ortsverbandskasse gezahlt werden, soweit sich nicht Kollegen finden, die auf eigene Kosten an der Sitzung teilnehmen wollen.
- Wir bitten, bis zum 11. März an den Ortsverband Dessau-Roßlau, J. G. des Kollegen Wilhelm Mangelstorf, Dessau, Breitestr. 2, die Vertreter mit Namen und Adresse anzumelden, ebenso ob die Kollegen sich an dem Mittageffen zu beteiligen gedenken.

Zurückzuführen sind in unserer Bekanntmachung auch die Ortsvereine eingeladen worden, während es nur um eine Konferenz der Ortsverbände handelt. Wir ersuchen daher die Ortsvereine der genannten Gebiete ihre Vertretung dem betreffenden Ortsverband übertragen zu wollen.

Der geschäftsführende Ausschuss.

Versammlungen.

Berlin. Distrikterklub der Deutschen Gewerbevereine (G.-V.). Verbandsausch. der Deutschen Gewerbevereine, NO., Greifswalderstr. 221/228. Sitzung jeden Mittwoch, abds. 8 1/2-10 1/2 Uhr. Gäste herzlich willkommen. — Gewerbevereins-Liebertafel (G.-V.). Freies Donnersdagsabends 7-11 Uhr, Lehnungsumme in Verbandsname der Deutschen Gewerbevereine (Brüder Saal). Gäste herzlich willkommen. — Distrikterklub Roßtbl. Jeden Freitag, Sitzung bei Radau, Waldstr. 53. Gäste sehr willkommen. Die Sitzung am 6. März fällt aus. — Sonnabend, 7. März, Maschinenbau- und Metallarbeiter I. Abds. 8 1/2 Uhr bei Weichert, Bergstr. 69. Vortrag des Kollegen Erleley: „Neutralität in den Gewerbevereinen“. Anträge zum Delegiertentag. — Maschinenbau- und Metallarbeiter II. ? Datum, ? Uhr, Fruchtstr. 86a. L.-D.: 1. Mitteilungen. 2. Sitzwahl zum Delegiertentag. 3. Bericht von der Generalvers. d. Kranenl. (Ref.: Koll. Gahlitzel sen.) 4. Unterstützungsgesuche. 5. Vortrag des Herrn Conrath: „Unterstützungsgesuche“. (Nur für erwachsene Männer und Frauen.) — Maschinenbau- und Metallarbeiter III. ? Uhr bei Radau, Waldstr. 53. Bericht von der komb. Sitzung. Anträge zum Delegiertentag. — Maschinenbau- und Metallarbeiter IV. Abends 8 1/2 Uhr bei Freiberg, Zellowerstr. 3. L.-D.: Protokoll. Bericht von der Generalversammlung der Kranenl. Bericht von der kombinierten Unterstützungsgesuche. Anträge zum Delegiertentag. Bericht über die Angelegenheiten. Herrenpartie. Verschiedenes. — Maschinenbau- und Metallarbeiter V. Ab. 8 1/2 Uhr, Rotbuserstr. 6. L.-D.: Vortrag des Gewerbeinspektors Herrn Dr. Fischer. Stellung von Anträgen zum Delegiertentag. — Maschinenbau- und Metallarbeiter X. ? Uhr Versammlung und Vortrag des Kollegen Jordan. — Maschinenbau- und Metallarbeiter XII. Abends 8 bis 10 Uhr Johalabend bei Schmann, Brunnenstr. 119. — Maschinenbau- und Metallarbeiter XIII. Die Versammlung am Sonnabend, 7. März, fällt aus, dafür Stiftungsfest bei Grotzjan, Schopenhauer Allee 180. — Frauen und Mädchen II. Freitag, 6. März, abds. 8 1/2 Uhr bei Rev. Blücherstr., Ecke Fontane-Promenade. Verbandskollegen mit Damen herzlich willkommen.

Orts- und Bezirksverbände.

Herne (Ortsverband). Jeden 1. und 8. Sonntag im Monat, nachm. von 4-5 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Will. Schulte-Mattler, Distrikterklub. — Wachen (Distrikterklub). Jeden 2. und 4. Sonnabend im Monat, abds. 8 1/2 Uhr, Distrikterabend bei Reudter, Ecke Hansemannplatz u. Zülcherstr. — Samsburg (Ortsverband). Jeden Mittwoch, abds. 8 1/2 Uhr präz., in Hüttmanns Hotel, Roolfsstr., Distrikterklub. — Spandau (Distrikterklub der Deutschen Gewerbevereine, G.-V.). Jeden Dienstag, abds. 8 Uhr, im Vereinslokal zur Palme, Ritterstr., Sitzung. Gäste willkommen. — Selsenfischer (Sängerchor der Deutschen Gewerbevereine). Jeden Sonnabend, abds. 9 Uhr, Probe im Vertehrslokal Pieper (früher Ellerich), Schaller- und Florastr. 16. Gäste herzlich willkommen. (Distrikterklub). Die Sitzungen finden jede Woche Mittwoch, abds. 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Behle, Brückstr. 16, statt. Gäste willkommen. — Dresden (Distrikterklub). Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Sanktbräun, Webergasse 28, statt. Gäste willkommen. — Kienitz (Distrikterklub). Die Sitzungen finden jede Woche Donnerstags, abds. 8 1/2 Uhr, im „Prinz von Preußen“ statt. Gäste willkommen. — Brandenburg (Distrikterklub). Sitzung jeden 1. und 8. Sonntag im Monat, vormittags von 10-12 Uhr bei Schmidt, Kurstr. 51. — Hagen und Umgegend (Distrikterklub). Jetzt jeden Donnerstags abds. Punkt 8 1/2 Uhr, Sitzung bei Strohmaner, Kirch- und Bergstr. 14. — Wachen (Ortsverband). Jeden dritten Sonntag im Monat, vormittags 11 Uhr, Vertreter-sitzung in Wachen, Zülcherstr. 72, Restaurant „Zur Post“. — Köln (Distrikterklub). Sitzung jeden Donnerstags, abds. 9 Uhr, im Restaurant „Rater Rolping“, Elbergrasse. — Oberschneweide (Distrikterklub). Sitzung alle 14 Tage Mittwoch bei Steiner, Wilhelmendoffstr. 14. — Cottbus (Ortsverband). Donnerstags, 8. März, abds. 8 1/2 Uhr, Ortsverbandsversammlung, im Kongresshaus Kollwitz. Vortrag des Verbandsredakteurs Egonor Lewin-Berlin. — Cottbus (Distrikterklub). Dienstag, 10. März, abds. 8 1/2 Uhr, Sitzung im Restaurant Nobel.

Anzeigen-Teil.

Insertate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Berliner Volks-Zeitung

bektes Blatt für jedes Mitglied eines Gewerbevereins.

Sie kämpft seit länger als 1/2 Jahrhundert für das Koalitionsrecht der Arbeiter und für das allgemeine, geheime und direkte Wahlrecht zum Landtag.

Die „Berliner Volks-Zeitung“ ist die billigste, täglich 2 mal erscheinende Zeitung, sie kostet in Berlin

nur 75 Pfg. monatlich

täglich zweimal frei ins Haus.

Expedition der Berliner Volks-Zeitung
Berlin SW. 19, Jerusalemstr. 46/49

Verantwortlicher Redakteur: Egonor Lewin, Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/228. — Druck und Verlag: G. Webede & G. Galtner, Berlin W., Potsdamerstr. 110.

Zentralrat der Deutschen Gewerbevereine.

Mittwoch, den 18. März 1908, abds. 8 1/2 Uhr, im großen Saale unseres Verbandshauses, Greifswalder Straße 221/228.

Volkswirtschaftlicher Abend.

Vortrag des Herrn Amtsgerichtsrats Dr. A. Hartmann über

Die Strafrechtsreform.

Die Verbandsgenossen und -Genossinnen von Berlin und Umgegend werden dringend ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Der geschäftsführende Ausschuss.

Stralsund (Ortsverb.). Herb. Magdeburg. Bauhandwerker
zur Heimat, Bleifische. Karten bei 75 Pfg. bei E. Schröder,
E. Surowski, Badenstr. 20. Luisenstr. 14.

Neckermünde und Umgegend (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfg. Karten sind zu haben bei den Kollegen Otto Ganschow, Schauffstr. 29 u. H. B. B. 22, Lorgehorn, Karlsruherstr. 22.

Stettin (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Eoglerkarten im Werte von 1,20 Mf. beim Kollegen Emil Schmidt, Stettin, Bollwerk 22 im Laden. Die Verbandsherberge befindet sich Elisabethstr. 49 (Zägers Gastwirtschaft).

Jauer (Ortsverband). Durchreisende erhalten Unterstützung beim Kollegen P. Kobelt, Hospitalplatz 6.

Neufahrn (Ortsverb.). Durchreisende erhalten 50 Pfg. bei August Reimers, Friedrichstraße 86.